

# Die Ära Adenauer



© Bundesarchiv, B 145 Bild-F078072-0004 / Katherine Young / CC BY-SA 3.0 DE

Die Beschäftigung mit Adenauers politischem Werdegang vor seiner Wahl zum Bundeskanzler ist mit einer kurzen Wiederholung geschichtlicher Ereignisse und Entwicklungen verbunden, die für seine Laufbahn bestimmend gewesen sind. Diese Wiederholung konzentriert sich auf Bismarcks Kulturkampf, auf die Notsituation nach dem 1. Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung des Jahres 1923 (Ruhrkampf, Inflation, Reparationsbestrebungen), auf die Rolle des Zentrums bzw. des deutschen politischen Katholizismus in der NS-Zeit sowie auf die Vorgeschichte der Bundesrepublik.

# I. Der politische Weg Konrad Adenauers bis zu seiner Wahl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

## 1 Fachwissenschaftliche Aspekte

### 1.1 Politischer Werdegang Adenauers

Am 5. Januar 1876 in Köln geboren, also während Bismarcks „Kulturkampf“ gegen die katholische Kirche bzw. gegen die katholische Zentrumspartei, in einem **katholischen Elternhaus** aufgewachsen, **Jurist**, **Mitglied des Zentrums**, kommunalpolitische Erfahrungen in seiner Heimatstadt – das kennzeichnet die Anfänge von Konrad Adenauers Werdegang, bevor er 1917 **Oberbürgermeister von Köln** wurde. Als solcher, als **Mitglied des Rheinischen Provinziallandtages** (seit 1917) und als **Präsident des Preußischen Staatsrates** (seit 1921) sah er in der Überwindung der allgemeinen Notlage nach dem 1. Weltkrieg seine vorrangige politische Aufgabe. Als Rheinländer, der die Angliederung an Preußen innerlich nie akzeptierte, hielt er Separation und Abgrenzung von Preußen bzw. eine Verlagerung des politischen Schwerpunktes in den Westen Deutschlands für probate Mittel dieser Politik, durch die er auch die Spannungen mit Frankreich, dessen Sicherheitsbedürfnis er anerkannte, zu entschärfen suchte.

**Vorläufig beendet wurde Adenauers politische Karriere 1933 durch die Nationalsozialisten**, denen er sich nicht anschließen wollte, ohne aber Widerstandskämpfer zu sein.

Nach der Befreiung Kölns 1945 kurzzeitig **wieder als Oberbürgermeister eingesetzt**, schloß sich Adenauer der Kölner **CDU** an und wurde 1946 ihr **Vorsitzender in der britischen Besatzungszone**. Als **Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen** (1946) und Mitglied in den **Parlamentarischen Rat** (1948), als dessen **Präsident** zusammen mit **Carlo Schmid** von der SPD das Grundgesetz entscheidend mitgestaltete. Als Jurist mit vielen politischen Erfahrungen trug er wesentlich zu entscheidenden Passagen des Grundgesetztextes bei: fest verankerte Grundrechte, liberative Elemente und eine verstärkte Stellung der Regierung, besonders des Regierungschefs, was seinem persönlichen Stil des Regierens sehr entgegen kommen sollte. Auch die Wahl Bonns zur provisorischen Hauptstadt des neuen Staates ging nicht zuletzt auf Adenauer zurück, womit der politische Schwerpunkt seinem alten Wunsch gemäß in den Westen gerückt war.

**Quelle 2: Aus der Regierungserklärung von Adenauer  
am 20. September 1949**

Das Werden des neuen Deutschland hat sich nach den langen Verhandlungen im Parlamentarischen Rat und den Wahlen zum Bundestag am 14. August mit großer Schnelligkeit vollzogen. [...] Mit der Konstituierung der Bundesregierung am heutigen Tage ist auch das Besatzungsstatut in Kraft getreten.

5 Wenn auch die Zuständigkeit des Bundestages und der Bundesregierung durch das Besatzungsstatut beschränkt ist, so darf uns doch diese Entwicklung, dieses Werden des deutschen Kernstaates mit Freude erfüllen. [...] Zwar müssen wir uns immer bewußt sein, daß Deutschland und das deutsche Volk noch nicht frei sind, daß es noch nicht gleichberechtigt neben den andern Völkern steht, daß es – und das ist besonders schmerzlich für uns – in

10 zwei Teile zerrissen ist. Aber wir erfreuen uns doch über wenigstens relativen staatlichen Freiheit. [...]

Die Frage soziale Marktwirtschaft oder Planwirtschaft hat [...] stark unsere ganzen Verhältnisse beherrscht [...]. Das deutsche Volk hat sich im Wahlkampf mit großer Mehrheit gegen die Planwirtschaft ausgesprochen. [...]

15

Wenn wir [...] kein Ministerium des Auswärtigen haben, so bedeutet das keineswegs, daß wir damit auf jede Betätigung auf diesem Gebiete Verzicht leisten. Das Paradoxe unserer Lage ist ja, daß – obgleich die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands von der Alliierten Hohen Kommission wahrgenommen werden – jede Tätigkeit der Bundesregierung oder des Bundsparlaments auch in anderen Angelegenheiten Deutschlands irgendwie eine ausländische Beziehung in sich schließt. Deutschland ist infolge Marshallplan, Besatzungs- und Finanzstatut enger mit dem Auslande verflochten als jemals zuvor. [...] Abgesehen, glaube ich, daß die Hohen Kommissare infolge der großen Verantwortung, die sie tragen, keine wichtige Entscheidung in deutschen auswärtigen Angelegenheiten treffen werden, ohne mit der Bundesregierung vorher Fühlung genommen zu haben. Die Erfahrung, die ich in den wenigen Tagen meiner Amtstätigkeit gemacht habe, berechtigen mich durchaus zu dieser Annahme. [...]

20

25

Die Verordnungen werden gleichmäßiger als bisher auf die verschiedenen Länder verteilt werden müssen. [...]

30

Wir wollen ferner mit allen Mitteln den Wohnungsbau in der energischsten Weise fördern [...].

5 Tafelbild

Adenauer bis zu seiner Wahl zum Bundeskanzler

Politischer Werdegang		Politische Ziele	
bis 1945	1945–1949	Voraussetzungen	Ziele
*5.1.1876 in Köln, während des Kulturkampfes	erneut Oberbürgermeister von Köln (1945)	Besatzungsstatut (alliierte Vorbehaltsrechte, v.a. bei Außenpolitik)	Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Not (Wiederaufbau, Integration der Flüchtlinge, Wiedergutmachung, Lastenausgleich)
katholische Prägung	Mitglied der CDU und ihr Vorsitzender in der britischen Besatzungszone (1946)	soziale Marktwirtschaft	deutsche Gleichberechtigung Stück für Stück
Jurist (1901)	Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen (1946)	Koalitionsregierung aus CDU/CSU, SPD und DP (sehr knappe Mehrheit)	Westintegration
Mitglied des Zentrums (1906)	Präsident des Parlamentarischer Rates (1948)	SPD Opposition	Wiedervereinigung
Oberbürgermeister von Köln (1917)		„Stiller Führer“	
Mitglied des Rheinischen Provinziallandtages (1917)			
Präsident des Preußischen Staatsrates (1921)			
Verlust aller Ämter während der NS-Zeit (1933)			
		15. September 1949 Wahl zum Bundeskanzler	

## II. Außenpolitik unter dem Besatzungsstatut

### 1 Fachwissenschaftliche Aspekte

#### 1.1 Petersberger Abkommen

Nicht nur ein drängendes wirtschaftliches, sondern auch ein psychisches Problem waren für die deutsche Bevölkerung die Demontagen, die den Wiederaufbau des Landes und die Möglichkeiten der Kooperation mit den Alliierten behinderten. Adenauer erreichte im Petersberger Abkommen vom 21. November 1949 die **schrittweise Einstellung der Demontagen** und darüber hinaus die **Möglichkeit der deutschen Beteiligung und Mitwirkung an europäischen Organisationen**, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer eigenständigen Außenpolitik. Als Gegenleistung sicherte Adenauer den Alliierten die **deutsche Mitarbeit in der Ruhrbehörde** zu, mit der sie die industrielle Basisregion der Bundesrepublik kontrollierten. Gegen dieses Zugeständnis und die Art einer Verhandlungsführung ohne Konsultation des Parlaments erhob die SPD heftige Vorwürfe („Kanzler der Alliierten“), begab sich damit aber letzten Endes ins politische Abseits, weil die Bevölkerung wegen der rasch nachlassenden Demontagen der Politik des Kanzlers zustimmte. Die von Schumacher geforderte Unnachgiebigkeit gegenüber den Alliierten war angesichts der Machtverhältnisse in einem von der Alliierten Hohen Kommission kontrollierten, nicht souveränen Staat kaum praktikierbar. Schumacher sah sich aber bestätigt, als die Bundesrepublik in der Folge des Petersberger Abkommens nur mit eingeschränkten Vollmachten in den **Europarat** integriert wurde (Eingliederung am 30. März 1950, entsprechender Beschluß des Bundestages am 15. Juni 1950) und die gleichzeitige Aufnahme des Saarlandes zu akzeptieren hatte. Vorwiegend aber wurde Schumacher auch auf das von ihm befürchtete Wiederaufleben recht radikaler Organisationen (z. B. die Sozialistische Reichspartei), die im Ausland zwar ruhig zur Kenntnis genommen wurden, aber keine entscheidende Bedeutung erlangen konnten. Doch folgte nicht nur die Vollmitgliedschaft im Europarat (2. Mai 1951), sondern auch der Beitritt zum **Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen** (1. Oktober 1951), der der Bundesrepublik handelspolitische Freiräume eröffnete. Dem vorausgegangen war eine **Revision des Besatzungsstatuts**, wodurch es der Bundesrepublik möglich wurde, ein Außenministerium einzurichten (13. März 1951), das Adenauer selbst führte. Am 9. April 1951 beendeten die Westalliierten den Kriegszustand auch formell. Am 1. März 1952 räumten die Briten die Insel Helgoland.

# Sie wollen mehr für Ihr Fach?

## Bekommen Sie: Ganz einfach zum Download im RAABE Webshop.



**Über 5.000 Unterrichtseinheiten**  
sofort zum Download verfügbar



**Webinare und Videos**  
für Ihre fachliche und  
persönliche Weiterbildung



**Attraktive Vergünstigungen**  
für Referendar:innen mit  
bis zu 15% Rabatt



**Käuferschutz**  
mit Trusted Shops



Jetzt entdecken:  
**www.raabe.de**